

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Hogg Werner, Präsident
Protokoll:	Graf Arno, Sekretär-Stv.
Stimmenzähler:	Wittwer Stephan
Anwesend:	32 Mitglieder
Abwesend:	Joss Rosmarie Larcher Adrian Wiederkehr Irene Wiederkehr Josef
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	Wm Meury Matthias

Mitteilungen

- a) Martin Romer hat am 9. September 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Behindertenparkplätze Friedhof Guggenbühl eingereicht.
- b) Julia Neuenschwander hat am 21. September 2010 eine Kleine Anfrage betreffend Chilbi 2010 eingereicht.
- c) Die Kleine Anfrage von Pius Meier betreffend Absenkung des Randsteins bei den Veloständern Bahnhof Dietikon Poststrasse wurde vom Stadtrat am 27. September 2010 beantwortet.
- d) Die Kleine Anfrage von Pius Meier betreffend Standort Veloständer beim Bahnhof Seite Weiningerstrasse wurde vom Stadtrat am 27. September 2010 beantwortet.
- e) Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 4. November statt, wobei eine Hälfte traditionell für die Fragestunde reserviert ist.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 9. September 2010 wurden einzelne Berichtigungsanträge eingereicht.

Traktandenliste

Aufgrund der Abwesenheit von Rosmarie Joss und Adrian Larcher werden die Traktanden 2 und 4 von der Traktandenliste gestrichen.

Keine weiteren Änderungsanträge zur Traktandenliste.

GV4.321.7. Reden, Ansprachen, Erklärungen

Fraktionserklärung SVP

Roger Bachmann erklärt, dass am Sonntag vor einer Woche sechs kriminelle junge Männer aus Dietikon einen Schweizer brutal verprügelt haben. Fünf der Täter waren Ausländer, einer ein eingebürgerter Schweizer. Die SVP verurteilt diese verwerfliche Tat aufs Schärfste. Diese Tat zerstörte in kürzester Zeit sehr viel, was Dietikon zur Verbesserung seines Images unternommen hat. Der jüngste Täter ist schon oft durch Sachbeschädigungen aufgefallen, auch die Schule ist davon betroffen. Roger Bachmann würde sich freuen, wenn möglichst viele Mitglieder des Gemeinderates den entsprechenden Vorstoss unterschreiben.

L2.4. Öffentliche Anlagen

Ordnung auf öffentlichen Grillplätzen

Interpellation

Trudi Frey, Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 1. Juli 2010 folgende Interpellation eingereicht:

"Die stark frequentierten Grillplätze, insbesondere in der Grunschen, werden bei schönem Wetter, an Wochenenden und an Feiertagen stark mit Unrat in aller Form verschmutzt hinterlassen. Die grosse Ansammlung von Personen beginnt bereits früh am Morgen, dauert oft bis spät am Abend und ist mit starkem Lärm verbunden. Viele kommen mit dem Auto, missachten Fahrverbote zum Grillplatz und parkieren ihr Auto ganztags in angrenzenden Strassen und behindern damit Zugang und Durchfahrt in die Quartiere.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie will der Stadtrat künftig Recht und Ordnung auf öffentlichen Grillplätzen durchsetzen?*
- 2. Was unternimmt der Stadtrat, um die Lärmbelästigung sowie das Parkplatzproblem in den Quartierstrassen zu lösen?*
- 3. Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten an Samstag/Sonntag/Feiertage für die Abfallbeseitigung?*
- 4. Werden Litteringvergehen und Verstösse gegen das Abfallgesetz auf öffentlichen Grillplätzen konsequent geahndet?"*

8. Sitzung vom 7. Oktober 2010

Mitunterzeichnende:

Roger Bachmann
Markus Erni
Stephan Wittwer
Esther Wyss
Philipp Müller

Irene Wiederkehr
Jörg Dätwyler
Alfons Florian
Ralph Hofer

Erich Burri
Werner Lips
Rochus Burtcher
Ueli Bayer

Begründung:

Trudy Frei (SVP) erklärt, dass es grundsätzlich schön ist, wenn Familien zusammensitzen und Fussball spielen. Heute verläuft es aber nach dem immer gleichen Ritual. Früh am Morgen werden die Plätze von einzelnen Gruppierungen besetzt. Diese bringen per Auto die halbe Küche mit. Die Feuerstelle wird dazu genutzt, illegal Abfall zu entsorgen und am Abend wird sehr viel Müll hinterlassen. Auch auf anderen Plätzen ist dasselbe Problem zu beobachten. Muss man dies wirklich dulden? Sie ist gespannt auf die Antwort des Stadtrates.

Ratspräsident Werner Hogg stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

L2.41.Oef. Öffentliche Anlagen und Spielplätze

Forderung nach Massnahmen gegen Littering

Bericht Postulat

Max Wiederkehr, Mitglied des Gemeinderates, und 6 Mitunterzeichnende haben am 10. Dezember 2009 folgendes Postulat eingereicht:

"Aus den Antworten des Stadtrates vom 26. Oktober 2009 auf meine Kleine Anfrage betreffend "Wochenendliche Abfallberge" geht klar hervor, dass dem Stadtrat die Problematik wohl bekannt ist und dass er Handlungsbedarf sieht. Er schreibt dann weiter, dass verschiedene Massnahmen erforderlich wären. Er wundert sich auch, wie schlecht die in der Vergangenheit durchgeführten Aktionen noch Wirkung zeigen. Ich wundere mich dagegen, wie passiv der Stadtrat auf ein ihm bekanntes Problem reagiert und erlaube mir deshalb, den Stadtrat aufzufordern, ein Vorgehenskonzept zu erarbeiten und eine Auflistung des Instrumentariums zu erstellen, mit welchem er dem Littering Einhalt gebieten will.

Mindestens folgende Punkte sollten darin enthalten sein:

- Vorgehenskonzept, Vollzugsplan
- Präventiver Massnahmenkatalog
- Übersicht betreffend Repressionsmöglichkeiten gegen Ignoranten
- Reinigungskonzept übers Wochenende."

Mitunterzeichnende:

Pius Meier
Josef Wiederkehr

Martin Eugster
André Arnet

Gabriele Olivieri
Cécile Mounoud

Der Gemeinderat hat das Postulat am 10. Dezember 2009 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Bericht erstattet:

Vorgehen und Vollzug

Im Rahmen der Kampagne "Sauberes Dietikon - wir packen's an!" wurde dem Littering (das Liegenlassen oder Wegwerfen von Kleinstabfällen im öffentlichen Raum) sowie dem illegalen Entsorgen von Hauskehricht und Sperrgut besonderes Augenmerk zugemessen. Gemäss dem erarbeiteten Konzept wurde in einer ersten Phase eine Präventions- und Sensibilisierungskampagne durchgeführt. Ab April 2008 erhob die Polizei Bussen wegen Verunreinigung des öffentlichen Grundes. Ebenfalls wurde das Reinigungskonzept überarbeitet und das neue Sammelstellenkonzept umgesetzt. Der Güsel-Ranger hat auf einer Schwarzentsorger-Tour auf Orte mit erhöhter illegaler Entsorgung aufmerksam gemacht.

An den Vollzugsmassnahmen zur Bekämpfung von Littering und illegaler Entsorgung auf der Basis der erwähnten Kampagne für ein sauberes Dietikon sind verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung beteiligt. Der Werkhof überprüft laufend die Wirksamkeit der Reinigungsarbeit und optimiert bei Bedarf die Reinigungsabläufe. Die Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Sauberkeit bzw. die Verschmutzung im öffentlichen Raum werden regelmässig mittels Sauberkeitsindex gemessen. Im Rahmen des Abfallbehälter-Konzepts wurden die Behältnisse zur Entsorgung von Abfall überprüft. Damit soll eine bedürfnisorientierte Anpassung der Kübelinfrastruktur erfolgen, welche die Ablösung bzw. Ersatzbeschaffung der Drahtkörbe, den Einbezug von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sowie die laufende Optimierung der Bewirtschaftungskosten der Entsorgungsinfrastruktur beinhaltet. Die Umsetzung ist vorbehältlich des noch zu genehmigenden Budgets in den nächsten zwei Jahren geplant.

Prävention

Das Amt für Umwelt und Gesundheit unterstützt die Umsetzungsmassnahmen gegen Littering und illegale Entsorgung mit regelmässigen Präventionsaktionen. So beteiligt sich Dietikon im laufenden Jahr an einer Plakatkampagne der Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt gegen Littering.

Repression

Betreffend Repressionsmöglichkeiten wird das Littering nach Art. 40 der städtischen Polizeiverordnung von der Stadtpolizei mit einer Ordnungsbusse von Fr. 80.00 bestraft. Sind neben dem Littering noch andere Straftatbestände betroffen, werden Personen direkt an die Strafverfolgungsbehörden verzeigt. Illegal entsorgte Abfälle werden durch den Werkhof geöffnet und mittels Feststellungsprotokoll und Fotos wird deren Inhalt festgehalten. Sofern der Abfall einer Person zugewiesen werden kann, wird durch das Amt für Umwelt und Gesundheit konsequent Anzeige an die Strafverfolgungsbehörde erstattet. In den letzten zwei Jahren wurden 65 Fälle an den Statthalter rapportiert.

Die Stadtpolizei ahndet Littering im Rahmen der ordentlichen Patrouillentätigkeit sowie mit gezielten Schwerpunktaktionen an neuralgischen Punkten. So wurden seit der Klärung der Rechtmässigkeit des städtischen Handelns durch den Regierungsrat im März 2009 insgesamt 60 Ordnungsbussen ausgestellt (davon 39 wegen Wegwerfen von Zigaretten und anderen Kleinabfällen).

Wochenendreinigung

An Samstagen, Sonn- und Feiertagen erfolgt durch den Werkhof eine ausserordentliche Wochenendreinigung. Neben Standorten mit hohem Personenaufkommen und repräsentativem Charakter werden auch die Sammelstellen miteinbezogen. Die Wochenendreinigung wird grundsätzlich während des ganzen Jahres gewährleistet, der Schwerpunkt der Reinigung erfolgt aufgrund der gemachten Erfahrungen von Mitte April bis Ende September. In erster Priorität wird das Zentrum (Bahnhofplatz, Markthalle, Kirchplatz) gereinigt. Zweite Priorität hat die Reinigung der Allmend und der Nebensammelstellen sowie der Limmatwiese und der Grunschen.

Diskussion:

Max Wiederkehr (CVP) erklärt, dass er mit grosser Erwartung den Bericht las, dann aber sehr schnell eine grosse Enttäuschung erlebte. Der Stadtrat listet mehrheitlich eine Ansammlung von einzelnen Aktionen und Massnahmen auf. Es ist nicht der kleinste Ansatz von Ressort übergreifenden Konzepten die Rede. Er ist masslos enttäuscht von der Aufzählung einzelner Massnahmen. Im April 2008 erklärte der Stadtrat, dass das Problem des Litterings zuerst im Zentrum angegangen werden soll, um anschliessend die Massnahmen auch in Aussenquartieren umzusetzen. Es ist aber nichts passiert. Es besteht kein Konzept und auch kein Vollzugsplan. Bezüglich Massnahmenplan stehen lediglich zwei Sätze: "Das Amt für Umwelt und Gesundheit unterstützt die Umsetzungsmassnahmen gegen Littering und illegale Entsorgung mit regelmässigen Präventionsaktionen. So beteiligt sich Dietikon im laufenden Jahr an einer Plakatkampagne der Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt gegen Littering." Es steht aber nichts darüber, was die Stadt selbst macht. Aus dem Bericht muss er mit grosser Enttäuschung den Schluss ziehen, dass bezüglich Littering von einem konzeptlosen Vorgehen gesprochen werden muss.

Martin Romer (FDP) zeigt anhand vieler parlamentarischer Vorstösse in den letzten rund drei Jahren auf, dass das Thema Littering ein Dauerbrenner ist. Er stellt die Frage, ob man die Stadt nicht wieder einmal die Arbeit machen lassen sollte. In so kurzer Zeit kann noch nicht alles gut sein, verbessert hat sich die Situation aber schon. Er bittet den Stadtrat, weiter dran zu bleiben. Es wäre aber schön, wenn nicht die ganze Zeit neue Vorstösse zum gleichen Thema eingereicht werden, dies erhöht nur den Verwaltungsaufwand. Der Stadtrat hat es sicher verstanden.

Rolf Steiner (SP) erklärt, dass ein Postulat vom Stadtrat lediglich etwas ersucht, bittet oder wünscht. Dieser muss es aber nicht erfüllen, das Parlament ist in einer schwachen Position. Er hätte gehofft, dass mit der Reform des Parlaments die Möglichkeiten grösser werden; diese Hoffnung scheint sich aber nicht zu erfüllen.

Ratspräsident Werner Hogg erklärt, dass der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Damit gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

S3.4.Bhp. Bahnhofplatz (220)

Durch Taxis belegte Parkplätze

Interpellation

Pius Meier, Mitglied des Gemeinderates, und 4 Mitunterzeichnende haben am 27. August 2010 folgende Interpellation eingereicht:

"Wie schon mehrfach hingewiesen, werden die raren Parkplätze beim Bahnhof, die vor allem für Reisende mit Gepäck oder sonstigen Umschlag im Bahnhofsbereich gedacht sind, von Taxifahrern, die eine Pause machen oder wenn alle Taxiplätze belegt sind, blockiert. Es konnte mehrfach beobachtet werden, dass bei dieser Gelegenheit die fällige Parkgebühr nicht bezahlt wurde. Die Parkuhr war bei meinen Stichproben um Stunden abgelaufen. Zwar haben grundsätzlich Taxis die gleichen Rechte wie jedes andere Fahrzeug, in der Taxikonzession könnten aber entsprechende Regelungen festgehalten werden. In der Tiefgarage unter dem Marktplatz ist sicherlich genügend Platz, um die Taxis für eine Pause zu parkieren.

1. *Ist der Stadtrat bereit, Massnahmen zu treffen, damit die Plätze beim Bahnhof wieder für Reisende zur Verfügung stehen?*

8. Sitzung vom 7. Oktober 2010

2. *In welchen Zeitraum könnte eine entsprechende Anpassung der Taxiverordnung umgesetzt werden?*
3. *Müssen auch entsprechende Bestimmungen in der Betriebsbewilligung angepasst werden?"*

Mitunterzeichnende:

Max Wiederkehr
Cécile Mounoud

André Arnet
Gabriele Olivieri

Begründung:

Pius Meier (CVP) erklärt, dass sich die Situation in den letzten Tagen mit der Auflösung des Postprovisoriums normalisiert hat. Für Reisende ist aber trotzdem eine klare und dauerhafte Lösung anzustreben. In der Fragestunde wurde gesagt, dass Taxis die Parkplätze benutzen dürfen, wenn sie die Parkgebühr bezahlen. Er hat aber mehrfach beobachtet, dass die Gebühr nicht bezahlt wurde und drei und mehr Taxis dort warten. Unsinnig ist es vor allem, wenn die Taxifahrer während der Pausen ihre Autos auf den Parkplätzen abstellen. Während dieser Zeit kann beispielsweise die Tiefgarage benutzt werden. Er bittet den Stadtrat darum, nicht nur die Fragen zu beantworten, sondern auch entsprechende Massnahmen einzuleiten. Die Reisenden sind sicher dankbar für eine gute Lösung.

Ratspräsident Werner Hogg stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

E2.13. Kraftwerke

Wasserwirbelkraftwerk

Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich lade den Stadtrat ein, zusammen mit den zuständigen kantonalen Stellen zu prüfen, ob in den Bächen der Stadt der Einbau von sogenannten Wasserwirbelkraftwerken möglich ist. Diese Wasserwirbelkraftwerke sind umweltfreundlich und stören Fische und Kleinlebewesen nicht. Ausserdem durchlüften sie das Wasser und verbessern so die Wasserqualität. Bei einer Durchflussmenge von einem Kubikmeter pro Sekunde beträgt die zu erwartende Leistung etwa 90'000 KWh, was dem Jahresbedarf von 20 Haushalten entspricht.

Wasserwirbelkraftwerke sind international patentrechtlich durch Dipl.-Ing. Franz Zotlöterer geschützt und dürfen ohne Patentlizenzvertrag weder hergestellt noch betrieben werden. Die Kosten einer Anlage belaufen sich auf etwa 300'000 Franken. Die Anlage kann als KEV-Werk angemeldet werden.

Die ARGE "Wasserwirbelkraftwerke Schweiz" (www.gwwk.ch) hat mit dem österreichischen Dipl.-Ing. Franz Zotlöterer einen Patentlizenzvertrag abgeschlossen und hat das exklusive Lizenzrecht für die Schweiz, Wasserwirbelkraftwerke zu planen, zu bauen und zu betreiben.

In Schöffland (AG) ist in der Suhre das erste Werk in der Schweiz bereits in Betrieb und wird am 25. September 2010 feierlich eingeweiht (im Beisein von Regierungsrat Urs Hofmann und dem

8. Sitzung vom 7. Oktober 2010

Umwelt-Pionier Bertrand Piccard). Weitere Wasserwirbelkraftwerke sind geplant, u. a. in Dübendorf (Glatt) und Bülach (Glatt)."

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Rolf Steiner
Rosmarie Joss
Catherine Peer

Angela Gullo
Ernst Joss
Lucas Neff
Samuel Spahn

Adrian Larcher
Cécile Mounoud
Max Wiederkehr
Pius Meier

Begründung:

Peter Wettler (SP) erklärt, dass vor 10 Tagen in Schöffland das erste Wasserwirbelkraftwerk der Schweiz eingeweiht wurde. Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich haben sich mit einem namhaften sechststelligen Betrag beteiligt. Ein Wasserwirbelkraftwerk ist eine Miniaturausgabe eines Wasserkraftwerks. Mithilfe einer kurzen Betonrampe wird Wasser kanalisiert und zu einem kreisrunden Betonbecken von etwa sechs Meter Durchmesser geführt. Darin entsteht ein Wasserwirbel, der einen Rotor antreibt und somit Strom produziert. Dies funktioniert bereits ab einer Fallhöhe von 70 cm, Fische und andere Lebewesen können problemlos daran vorbeischwimmen. Der Wasserwirbel saugt zudem Luft an und verbessert so die Wasserqualität. Bei einer Wassermenge von einem Kubikmeter pro Sekunde können in einem Jahr 100'000 Kilowattstunden oder der jährliche Strombedarf von 25 Haushaltungen produziert werden. Der Bund würde ein Wasserwirbelkraftwerk durch die kostendeckende Einspeisevergütung im Betrag von 31 bis 34 Rappen pro Kilowattstunde unterstützen; ziemlich sicher könnte auch auf die Hilfe der EKZ gebaut werden. Zum Schluss dankt er dem Stadtrat für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen.

Ratspräsident Werner Hogg stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

S1.061.8. Tageshorte

Genügend Hortplätze für unsere Kinder

Postulat

Angela Gullo, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, genügend Hortplätze für unsere Kinder zu schaffen.

Begründung:

Wie der Schulpräsident dem Gemeinderat während der Fragestunde vom 20. Mai 2010 erläutert hat, besteht in Dietikon eine Warteliste für Hortplätze. Im Mai hatten 31 Familien keine Betreuung für ihr Kind. Es ist davon auszugehen, dass sich die Lage nicht wesentlich geändert hat.

Die Situation ist für Familien und Alleinerziehende äusserst schwierig. Berufstätige Eltern brauchen eine konkrete Zusage für die Betreuung, um ihr Familienleben zu organisieren. In manchen Fällen bleibt der Umzug in eine andere Gemeinde die einzige Lösung.

Die Anforderung des neuen Volksschulgesetzes an die Gemeinden ist definiert. "Die Gemeinden haben den Auftrag, ein ergänzendes, dem Bedürfnis angemessenes Betreuungsangebot (Mittags-tisch, Tageshort, Nachmittagshort etc.) anzubieten".

Dies bedeutet, dass die Stadt das Angebot an Hortplätze der Nachfrage anpassen muss.

Massnahmen, wie eine Optimierung der Einteilung und eine Erweiterung der bestehenden Ressourcen, werden unumgänglich sein, um den Bedarf abzudecken."

Mitunterzeichnende:

Catherine Peer
Ernst Joss
Adrian Larcher

Anton Kiwic
Lucas Neff
Thomas Wirth

Rosmarie Joss
Samuel Spahn
Rolf Steiner

Begründung:

Angela Gullo (SP) dankt dem Stadtrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme des Postulats; offenbar hat er die Problematik erkannt. Das Volksschulgesetz schreibt vor, dass das Angebot dem Bedürfnis angemessen sein muss. Seit mehr als einem Jahr sind die Gemeinden in der Umsetzungsphase. Im Mai hatte Dietikon eine Warteliste von 31 Kindern, was enorm viel ist. Jedes Kind auf dieser Liste ist eines zu viel. Meist betrifft dies Familien, welche darauf angewiesen sind, aber auch wenn eine Frau freiwillig arbeiten will, soll sie dies selbst entscheiden können. Hortplätze sind nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Gesellschaft von Nutzen. Dadurch wird die Integration der Eltern und Kindern gefördert, was weniger Folgekosten mit sich bringt. Es ist eine Investition in die Zukunft.

Ratspräsident Werner Hogg stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

P2.92.4. Verkehrsbeschränkungen fahrender Verkehr

Begegnungszone Bäcker-, Löwen- und Merkurstrasse

Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat um die Prüfung der Frage, ob die Bäcker-, der Teil Löwen- zur und die Merkurstrasse, also von der Zentralstrasse bis zum Bezirksgebäude als Begegnungszone geführt werden kann. Begegnungszonen sind verkehrsberuhigte Bereiche. Fussgänger haben Vortritt vor den andern Verkehrsteilnehmern. Die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs wird auf 20 Km/h beschränkt.

In Biel, Grenchen und Burgdorf stellten die Gewerbetreibenden fest, dass nach Einführung der Begegnungszonen der Umsatz zugenommen hat, weil eine Begegnungszone auch eine Flanierzone ist.

Begegnungszonen werten Ortszentren auf und können insbesondere das Umfeld für Läden und Geschäfte attraktiver machen. Sie eignen sich dort, wo eine eigentliche Fussgängerzone aufgrund der Grösse des Geschäftsgebietes nicht in Betracht gezogen wird, gleichwohl aber erheblicher Fussgängerverkehr herrscht. Die Zufahrt mit Autos und die Anlieferung mit Lastwagen ist zu gewähr-

leisten.

In Schlieren ist die Sägestrasse eine Begegnungszone."

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Rolf Steiner
Catherine Peer
Angela Gullo

Rosmarie Joss
Ernst Joss
Lucas Neff
Samuel Spahn

Adrian Larcher
Julia Neuenschwander
Thomas Wirth
Pius Meier

Begründung:

Peter Wettler (SP) erklärt, dass er gehört hat, der Stadtrat erwäge, die Bäcker-, Löwen- und Merkurstrasse für den motorisierten Verkehr ganz zu sperren. Er ist aber der Meinung, dass der Umweg über die Oetwilerstrasse oder gar über den Dreispitz nicht zu verantworten ist.

Vor ca. 9 Jahren hat das UVEK die sogenannten Begegnungszonen eingeführt. In diesen steht den Fussgängerinnen und Fussgängern die Verkehrsfläche zur freien Verfügung. Die Höchstgeschwindigkeit für Autos und Motorräder beträgt 20 km/h. In der Begegnungszone haben Fussgängerinnen und Fussgänger Vortritt; sie können jederzeit und überall die Fahrbahn überqueren, dürfen aber die Autos nicht unnötig behindern. Mit den Begegnungszonen können die Automobilisten immer noch auf dem kürzesten Weg ins Industriequartier fahren, aber sie müssen Rücksicht auf die Fussgänger nehmen. Zudem wird die Achse Kirchenplatz - Kronenplatz als Flaniermeile aufgewertet und von anderen Beispielen weiss man, dass Begegnungszonen auch für die Detaillisten ein Gewinn sind.

Die Liste von Begegnungszonen ist erfreulich lang, auch in Dietikon gibt es an der Hofackerstrasse eine kleine Zone. Er dankt dem Stadtrat, dass er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Diskussion:

Trudy Frei (SVP) erklärt, dass Begegnungszonen in den letzten Jahren schon mehrmals ein Thema waren und zwar immer von der gleichen Seite. Zum Teil wurde auch ein verkehrsfreies Zentrum gefordert, doch alle Vorstösse wurden abgelehnt. Im Namen der SVP beantragt sie die Nichtüberweisung des Postulats.

Pius Meier (CVP) erwidert, dass Begegnungszonen ein langjähriges Anliegen sind. Schon 2002 haben sie dazu eine Studie verfasst; er ist froh, dass das Thema jetzt erneut aufgegriffen wird. Die in letzter Zeit diskutierte Sperrung wäre eine schlechte Lösung, sie würde zu einer Teilung von Dietikon führen. Das Limmatfeld könnte sich losgelöst vom Rest der Stadt entwickeln. Begegnungszonen ermöglichen ein Nebeneinander von Passanten und motorisiertem Individualverkehr. Er bittet um die Überweisung des Postulats.

Lucas Neff (GP) ist erstaunt über den Antrag der SVP, werden doch ihre ureigenen Anliegen erfüllt. Begegnungszonen sind etwas für alle, für das ganze Volk. Das Regelwerk ist sehr einfach und die Einführung kostet nicht viel. Zudem sind Begegnungszonen eine Schweizer Erfindung.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 20 : 11 Stimmen:

Das Postulat von Peter Wettler und 12 Mitunterzeichnenden betreffend Begegnungszone Bäcker-, Löwen- und Merkurstrasse wird an den Stadtrat überwiesen.

8. Sitzung vom 7. Oktober 2010

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflege-gesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Be-zirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Peter Wettler, Rosenstrasse 44, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

L2.42. Bedürfnisanstalten

Wasserlose Urinale

Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat um die Prüfung der Frage, ob bei Neubauten oder Sanierungen öffentlicher Ge-bäude der Stadt allmählich wasserlose Urinale eingebaut werden können. Wasserlose Urinale helfen, Geld und Trinkwasser zu sparen. Falls möglich, sollten getrennte Leitungen geführt werden, sodass später der Urin einmal gesammelt und behandelt werden kann (Dünger).

Es gibt mittlerweile sehr viele Toiletten-Modelle auf dem Markt. Sie unterscheiden sich nur bezüglich des Designs und kaum in der Technik.

Der Marktführer Urimat rechnet vor, dass im Schnitt bis zu 100'000 Liter Trinkwasser pro Urinal und Jahr eingespart werden kann.

Die zur Herstellung der Urinale verwendeten Materialien sind alle umweltverträglich und zu 100% recycelbar oder problemlos zu entsorgen. Das Kunststoffbecken zum Beispiel verbraucht gemäss An-gaben von Herstellern bei der Herstellung wesentlich weniger Energie (CO₂-Belastung) als ein her-kömmliches Keramikbecken."

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Rosmarie Joss
Adrian Larcher

Rolf Steiner
Lucas Neff
Max Wiederkehr

Catherine Peer
Samuel Spahn
Ernst Joss

Begründung:

Peter Wettler (SP) erklärt, dass spätere Generationen über die WC-Wasserspülung den Kopf schütteln werden. Gemäss UNO haben 3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, schlechtes Wasser ist neben Hunger für die hohe Kindersterblichkeit verantwortlich. Der weltweite Wasserverbrauch wächst doppelt so schnell wie die Bevölkerung. Nicht der Preis von Wasser wird in naher Zukunft ausschlaggebend sein, sondern die Verfügbarkeit. Es ist wahrscheinlich, dass bald Kriege um Wasser geführt werden. Auch die Schweiz ist betroffen. Der Aletschgletscher hat sich in den letzten 50 Jahren um gegen zwei Kilometer zurückgezogen und ist im unteren Teil mindestens 30 Meter weniger dick.

Seit einigen Jahren sind wasserlose und absolut hygienische sowie geruchsfreie Urinale auf dem

8. Sitzung vom 7. Oktober 2010

Markt. Die Technologie ist ausgereift und effizient. Der eingesetzte, patentierte und austauschbare Geruchsverschluss Einsatz macht die Wasserspülung vollkommen überflüssig. Ausserdem wird auf den Einsatz von Sperrflüssigkeiten, Chemie oder komplizierten Techniken verzichtet. Das Postulat schlägt vor, dass bei Neubauten oder Sanierungen der Einbau von wasserlosen Urinalen geprüft wird. So kann Wasser und Energie gespart sowie Stickstoffdüngemittel gewonnen werden. Er dankt dem Stadtrat für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen.

Diskussion:

Werner Lips (SVP) erklärt, dass es zwei Arten von wasserlosen Pissuirs gibt, wobei die eine auch Chemie verwendet. Er hat schon viele Urinale verkauft, vor allem bei älteren Anlagen, wenn das Spülrohr nicht mehr verwendet werden kann. Bei Um- und Neubauten verzichtet er darauf, da im Nachhinein keine Wasserspülung mehr eingebaut werden kann. Urinale sind zwar billiger, aber nur, wenn man die separate Abwasserleitung in den Keller nicht einberechnet. Die bisher verwendeten Urinale werden mehr und mehr wieder zurückgebaut. Der Unterhalt ist aufwendig, zwei Mal pro Jahr muss der Siphon ausgewechselt werden. Die Herstellung von Siphons braucht auch Energie. Die Geruchsproblematik ist dem Hersteller offenbar auch aufgefallen, er hat einen Duftstein dazugefügt, der aus Chemie ist. Der Wasservergleich mit den herkömmlichen Anlagen ist auch nicht mehr korrekt, diese benötigen heute bedeutend weniger Wasser. Er stellt den Antrag, das Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 18 : 11 Stimmen:

Das Postulat von Peter Wettler und 12 Mitunterzeichnenden betreffend wasserlose Urinale wird an den Stadtrat überwiesen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflege-gesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Peter Wettler, Rosenstrasse 44, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

Schluss der Sitzung: 20.55 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Werner Hogg
Präsident

Arno Graf
Sekretär-Stv.

Stephan Wittwer
Stimmenzähler